

Stand: 03.05.2026 01:38:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/22295

"Stärkung der Heilmittelerbringer VII - Zertifizierung der Software für die Heilmittelverordnung in Arztpraxen optimieren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/22295 vom 24.05.2018
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/23093 des GP vom 05.06.2018
3. Beschluss des Plenums 17/23459 vom 12.07.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 138 vom 12.07.2018



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Klaus Holetschek, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Steffen Vogel CSU**

Stärkung der Heilmittelerbringer VII – Zertifizierung der Software für die Heilmittelverordnung in Arztpraxen optimieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) in Zusammenarbeit mit dem GKV-Spitzenverband zertifizierte Verordnungssoftware zur Heilmittelverordnung für Arztpraxen optimiert und fortlaufend an die Vertragslage für Heilmittelerbringer angepasst wird.

Dabei sollten auch die Regelungen überarbeitet werden, die dafür maßgeblich sind, dass eine Verordnungssoftware als zertifiziert gilt. Eine entsprechende Verordnungssoftware sollte zudem zunächst in der Versorgungswirklichkeit erprobt werden, bevor sie als zertifiziert gilt.

Begründung:

Der Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich nimmt auch und gerade im Bereich der Heilmittelerbringer zunehmend dramatische Formen an. Ein Grund hierfür ist die schwierige Erlössituation. Mit Ende der Übergangsregelung vom 31.03.2017 sind Arztpraxen gesetzlich verpflichtet, eine zertifizierte Verordnungssoftware für die Heilmittelverordnung zu verwenden. Die KBV hatte dabei den Zertifizierungsauftrag und definierte in Kooperation mit dem GKV-Spitzenverband die Anforderungen hinsichtlich der Informationen und Funktionen der Software.

Seit Einführung der zertifizierten Verordnungssoftware kam es jedoch flächendeckend zu erheblichen Problemen bei der Ausstellung von Heilmittelverordnungen. So führen Programmierungsfehler zu fehlerhaften Eingaben hinsichtlich Diagnose, Indikation sowie Frequenzen der Behandlung. Um die Qualitätsgüte zu optimieren und die Fehleranfälligkeit zu verringern, sollte die KBV in Zusammenarbeit mit dem GKV-Spitzenverband die Zulassungsregularien für eine Verordnungssoftware überarbeiten. Zudem sollte die Verordnungssoftware zuerst in der Versorgungswirklichkeit erprobt werden, bevor sie als zertifiziert gilt und flächendeckend in den Arztpraxen eingeführt wird.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU**
Drs. 17/22295

**Stärkung der Heilmittelerbringer VII - Zertifizierung der Software
für die Heilmittelverordnung in Arztpraxen optimieren**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichtersteller: **Bernhard Seidenath**
Mitberichterstellerin: **Kathi Petersen**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 5. Juni 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - B90/GRÜ: EnthaltungZustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Klaus Holetschek, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Steffen Vogel CSU**

Drs. 17/22295, 17/23093

Stärkung der Heilmittelerbringer VII – Zertifizierung der Software für die Heilmittelverordnung in Arztpraxen optimieren

Die Staatsregierung wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) in Zusammenarbeit mit dem GKV-Spitzenverband zertifizierte Verordnungssoftware zur Heilmittelverordnung für Arztpraxen optimiert und fortlaufend an die Vertragslage für Heilmittelerbringer angepasst wird.

Dabei sollten auch die Regelungen überarbeitet werden, die dafür maßgeblich sind, dass eine Verordnungssoftware als zertifiziert gilt. Eine entsprechende Verordnungssoftware sollte zudem zunächst in der Versorgungswirklichkeit erprobt werden, bevor sie als zertifiziert gilt.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Kathi Petersen

Abg. Dr. Karl Vetter

Abg. Ulrich Leiner

Abg. Klaus Holetschek

Staatsministerin Melanie Huml

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 41 mit 49 auf:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU)

Stärkung der Heilmittelerbringer I - Direktzugang zu den Heilmittelerbringern gezielt über ein Modellprojekt prüfen ([Drs. 17/22287](#))

und

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU)

Stärkung der Heilmittelerbringer II - Mehr Wissen über die Heilmittelerbringer bei den Ärzten schaffen, Wissen hierzu ins ärztliche Studium integrieren ([Drs. 17/22289](#))

und

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU)

Stärkung der Heilmittelerbringer III - Leistungsgerechte Entgelte schaffen, Entwicklung ärztlicher Budgets am Bedarf orientieren ([Drs. 17/22291](#))

und

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU)

Stärkung der Heilmittelerbringer IV - Zulassungsbedingungen für Praxen unter Teilnahme der Heilmittelerbringer zeitgemäß anpassen ([Drs. 17/22292](#))

und

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU)

Stärkung der Heilmittelerbringer V - Beteiligung der Heilmittelerbringer in relevanten Gremien ([Drs. 17/22293](#))

und

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU)

Stärkung der Heilmittelerbringer VI - Verbesserte GKV-Fortbildung für Ärzte und medizinische Fachangestellte zur korrekten Heilmittelverordnung ([Drs. 17/22294](#))

und

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU)

Stärkung der Heilmittelerbringer VII - Zertifizierung der Software für die Heilmittelverordnung in Arztpraxen optimieren ([Drs. 17/22295](#))

und

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU)

Stärkung der Heilmittelerbringer VIII - Mehr öffentliche Wertschätzung für die Leistungen der Heilmittelerbringer ([Drs. 17/22296](#))

und

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU)

Stärkung der Heilmittelerbringer IX - Heilmittelwerbegesetz auf den Prüfstand stellen ([Drs. 17/22297](#))

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. Ich darf als Erstem für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Seidenath das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Gesundheitssystem ist grundsätzlich sehr gut. Auch den internationalen Vergleich muss es nicht scheuen. Wir haben eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung mit ambulanten haus- und fachärztlichen Leistungen, mit stationären Leistungen, mit Leistungen von Heil- und Hilfsmittelerbringern, von Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie von Apotheken gleichermaßen in Stadt und Land. Das soll auch so bleiben. Das ist unser Ziel.

Nichts ist aber so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte. Immer wieder müssen die Finanzierungsfragen, die unser Gesundheitssystem zu einer Dauerbaustelle machen, neu gelöst werden. Die schrillsten Alarmsignale kommen dabei aus dem personellen Bereich. Das aktuell drängendste Problem in der gesundheitlichen Versorgung ist der Mangel an Fachkräften. Das gilt für die Ärzte, insbesondere für die Hausärzte im ländlichen Raum, wozu meine Fraktion vor einem Jahr insgesamt 27 Anträge eingebracht und Vorschläge gemacht hat. Das gilt für die Pflege, wozu wir in der letzten Woche im Gesundheitsausschuss des Bayerischen Landtags insgesamt 20 Anträge der CSU beschlossen haben. Und das gilt für die Heilmittelerbringer, die häufig und zu Unrecht nicht so im Fokus stehen, die aber 159 Tage, also fast ein halbes Jahr, warten müssen, um eine offene Stelle wieder besetzen zu können. Die Physiotherapeuten, die Ergotherapeuten, die Logopäden, die Podologen, die Masseur und die medizinischen Bademeister in unserem Land leisten tagtäglich eine hervorragende Arbeit. Ihnen wollen wir an dieser Stelle herzlich für ihren Beitrag für die Gesundheit der Menschen in Bayern danken.

(Beifall bei der CSU)

Wir danken ihnen, aber wir wollen ihnen auch helfen. Deswegen haben wir Gespräche mit Leistungserbringern und mit den Verbänden geführt. In insgesamt zehn Anträgen haben wir unsere Vorschläge zusammengefasst. Einen Antrag haben wir bereits am 14. Juni hier in diesem Hohen Haus beschlossen. Danach soll die im Koalitionsvertrag

von CDU/CSU und SPD auf Bundesebene vorgesehene Schulgeldfreiheit für die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen so schnell wie möglich eingeführt werden; denn davon hängt aktuell sehr viel ab: Viele potenzielle Schüler zögern, sich für das nächste Schuljahr einzuschreiben, weil sie auf die Schulgeldfreiheit hoffen. Hier brauchen wir so schnell wie möglich Sicherheit. Notfalls muss der Freistaat Bayern einen Alleingang unternehmen.

Wir wollen die Heilmittelerbringer aber auch auf andere Weise stärken. Dem dienen die insgesamt neun Anträge, die heute zur Abstimmung stehen. Wir wollen ein Modellprojekt, mit dem der Direktzugang zu den Heilmittelerbringern gezielt geprüft wird. Es gab bereits ein Modellprojekt zur Blankoverordnung. Jetzt wollen wir mit dem Direktzugang einen Schritt weiter gehen.

Wir wollen bei den Ärztinnen und Ärzten ein noch größeres Wissen über und eine noch größere Sensibilität für die Heilmittelerbringer schaffen. Diese Wissensvermittlung soll bereits ins ärztliche Studium integriert werden; denn die Heilmittelerbringer können und sollen die Ärzte entlasten. Wir brauchen leistungsgerechte Entgelte, und wir müssen die Entwicklung ärztlicher Budgets am Bedarf orientieren; denn die demografische Entwicklung, die längere Lebensarbeitszeit und auch die verkürzten Liegezeiten in Krankenhäusern erhöhen den Bedarf an Leistungen von Physiotherapeuten und Ergotherapeuten. Das sollte auch bei der Entwicklung der ärztlichen Budgets nachvollzogen werden.

Wir müssen die Zulassungsbedingungen für die Praxen zeitgemäß anpassen. Wenn zum Beispiel noch Lichtbögen für die Wärmetherapie als Voraussetzung für die Zulassung einer physiotherapeutischen Praxis genannt werden, dann ist das – so wissen es die Physiotherapeuten – nicht mehr zeitgemäß. Die Heilmittelerbringer haben jetzt aber lediglich ein Recht zur Stellungnahme, aber kein Mitberatungsrecht. Das wollen wir ändern. Insbesondere müssen die Heilmittelerbringer in den relevanten Gremien beteiligt werden. Sie brauchen ein Mitbestimmungs- und Mitspracherecht im Gemeinsamen Bundesausschuss.

Für die Ärzte und die medizinischen Fachangestellten brauchen wir auch eine verbesserte Fortbildung zur korrekten Heilmittelverordnung. 20 % bis 30 % der Rezepte sind fehlerhaft ausgefüllt, was unheimlich viel Bürokratie nach sich zieht, um eine Vergütung zu bekommen. Im schlimmsten Fall führt es dazu, dass die Heilmittelerbringer auf ihren erbrachten Leistungen ohne Erlös sitzen bleiben.

Die Zertifizierung der Software müssen wir verbessern. Wir brauchen schließlich auch mehr öffentliche Wertschätzung durch Imagekampagnen, und schließlich wollen wir auch das Heilmittelwerbegesetz weiter liberalisieren. Mit allen diesen Maßnahmen können wir die Heilmittelerbringer stärken. Wir können das Gesundheitssystem entlasten und damit den Patientinnen und Patienten helfen; denn um diese geht es letztlich.

Deswegen bitte ich Sie, diesem Antragspaket zuzustimmen. Es ist ein großer und wichtiger Aufschlag in dem wichtigen Bereich der gesundheitlichen Versorgung.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt Frau Kollegin Petersen das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist durchaus sinnvoll, dass wir uns unmittelbar vor der Sommerpause mit der Gesundheitsversorgung beschäftigen. Dort gibt es erhebliche Probleme. Herr Kollege Seidenath hat schon einiges angesprochen. Diese Probleme müssen wir gemeinsam lösen; denn es geht um den wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge.

Mit ihrem Antragspaket, das heute zur Abstimmung steht, wollen die Kolleginnen und Kollegen der CSU, die im Gesundheitsausschuss sehr gerne Antragspakete produzieren, die Situation der Heilmittelerbringer verbessern. Dass Quantität nicht zwingend für Qualität bürgt, zeigt sich auch bei diesen Anträgen. Deshalb können wir einigen von ihnen nicht zustimmen. Da wir aber nicht beckenmesserisch unterwegs sind und nicht

immer nach dem Haar in der Suppe suchen, unterstützen wir die Anträge, bei denen die Richtung stimmt. Das gilt beispielsweise für den Antrag, der den Einsatz der Staatsregierung für eine bessere und leistungsgerechte Vergütung fordert. Weil wir dies für sinnvoll halten, stimmen wir dem Antrag zu und lassen uns von den Gemeinplätzen im zweiten Abschnitt nicht weiter irritieren.

Unterstützen können wir auch die Forderung, den Direktzugang modellhaft zu erproben, den Berichtsantrag auf Drucksache 17/22289 sowie die Prüfanträge für die Praxiszulassungsbedingungen und das Heilmittelwerbegesetz. Nicht zielführend ist unseres Erachtens ein Mitbestimmungs- und Mitspracherecht im G-BA für eine einzelne Gruppe. Andere würden das gleiche Recht beanspruchen. Wenn man solche Überlegungen anstellt, müsste man generell überlegen, was sinnvoll wäre. Da die CSU im Gesundheitsausschuss nicht bereit war, auf die Festlegung eines Turnus für die Fortbildungen zu verzichten, können wir auch dem Antrag auf Drucksache 17/22294 nicht zustimmen.

Im Hinblick auf die Software zur Heilmittelverordnung gibt es bei den Akteuren im Gesundheitsbereich genügend hinreichend versierte Fachleute, sodass sich die Landespolitik darum nicht kümmern muss. Wir sehen durchaus eine Zuständigkeit gegeben, wenn es um ein positives Berufsbild geht. Wir wünschen uns eine höhere Wertschätzung für viele in Gesundheitsberufen Tätige, die sich in der Pflege und bei der Versorgung von Menschen engagieren. Eine Imagekampagne ist nicht schädlich, sie lässt sich aber im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel nicht realisieren. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Viel wichtiger ist uns – das haben Sie eben auch schon angesprochen –, dem Fachkräftemangel grundsätzlich zu begegnen, und zwar indem wir bessere Rahmenbedingungen für die Gesundheitsberufe schaffen. An dieser Stelle haben wir gemeinsam noch viel zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich Herrn Kollegen Dr. Vetter das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIE WÄHLER und insbesondere ich als Orthopäde wissen sehr wohl, was wir an unseren Heilmittelerbringern haben. Speziell in der Orthopädie ist der Operateur nicht wichtiger als ein guter Physiotherapeut. Deshalb ist es gut, dass wir dieses Thema angehen. Ob dies im Hinblick auf die Landtagswahl unbedingt noch vor der Sommerpause sein muss, ist jetzt ein anderes Thema.

Der demografische Wandel führt dazu, dass wir einen höheren Bedarf an Fachkräften in den Gesundheitsberufen haben. Ein großes Problem ist, dass viele Schülerinnen und Schüler der Gesundheitsberufe Schulgeld für die Ausbildung an den privaten Berufsfachschulen zahlen müssen. Dies wirkt abschreckend und ist nicht mehr zeitgemäß. Das mindert die Attraktivität dieser Berufe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Fachkräfteanalyse der Bundesagentur für Arbeit hat einen Fachkräftemangel insbesondere für Physiotherapeuten in Bayern nachgewiesen. Die Zahlen der Physiotherapeuten, die in Ausbildung sind, gehen kontinuierlich zurück. An dieser Stelle müssen wir unbedingt etwas unternehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wir FREIE WÄHLER haben schon lange vor Ihnen mit einem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung aufgefordert, die Kosten für das Schulgeld vollständig zu übernehmen und im Rahmen dieser Kostenübernahme auch auf die Zusage der privaten Schulträger hinzuwirken, kein Schulgeld mehr zu erheben. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass auch an privaten Berufsfachschulen kein Schulgeld mehr bezahlt werden muss. Dieser Antrag wurde damals leider von der CSU-Fraktion mit dem Hinweis abgelehnt, der Bund solle die Kosten übernehmen. Wir sahen damals schon den Freistaat in der Pflicht. Andere Länder haben es uns vorgemacht.

Die vorliegenden Anträge sind in Ordnung. Zu einigen werde ich noch ganz kurz Stellung nehmen. Ich befürchte jedoch, dass sie die Situation der Heilmittelerbringer auch nicht wesentlich verbessern werden. Es kommt eben – das wiederhole ich jetzt – nicht auf die Quantität, sondern vor allem auf die Qualität an. Kolleginnen und Kollegen, mit Berichts- und Prüfanträgen bewirkt man keine Veränderungen. Einer Regierungsfraktion stehen eigentlich andere Möglichkeiten zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich ganz kurz auf ein paar Anträge eingehen. Fortbildungen für Ärzte sind eigentlich Angelegenheit der Ärztekammern, nicht des Landtags. Insofern sehen wir keine Notwendigkeit für einen derartigen Antrag. Er ist als Berichtsantrag formuliert. Deshalb können wir ihm zustimmen.

Die leistungsgerechte Bezahlung für Heilmittelerbringer halten wir FREIE WÄHLER für das wichtigste Anliegen. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst – das ist ganz interessant – liegt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für Physiotherapeuten, Logopäden und Ergotherapeuten bei durchschnittlich 2.300 bis 2.400 Euro. Der durchschnittliche Verdienst in den Gesundheits- und Sozialberufen insgesamt liegt bei 3.682 Euro. Das sind rund 1.300 Euro mehr. Die ungünstige Einkommenssituation wirkt sich nicht nur auf die Therapeuten, sondern auch auf die Patientenversorgung aus; denn der Bedarf an therapeutischen Maßnahmen für die immer älter werdende Gesellschaft steigt. Bald haben wir die notwendigen Fachkräfte nicht mehr.

Zur Blankoverordnung habe ich eine ganz klare Meinung. Ja, das kann ich mir sehr gut vorstellen. Im Hinblick auf den Direktzugang bin ich skeptisch. Ein Modellversuch ist jedoch erlaubt. Es gibt allerdings Argumente, die wahrscheinlich dagegensprechen. Das wird man sehen.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, mir ist jedoch völlig schleierhaft, wie Sie die Wertschätzung der Heilmittelerbringer steigern möchten, ohne hierfür Geld zur Verfügung zu stellen. Der Antrag lautet: Wir wollen die Wertschätzung der Heilmittelerbrin-

ger steigern, ohne das Budget zu erhöhen. Das geht einfach nicht. In dem Antrag haben Sie geschrieben: Wir wollen die Wertschätzung der Heilmittelerbringer erhöhen. Im Internet – bitte schauen Sie nach – wirbt der Spitzenverband der Heilmittelverbände mit dem Slogan: "Die Wertschätzung der Patienten ist uns sicher. Jetzt muß nur noch die Vergütung stimmen." – Die bringen es auf den Punkt. Es bringt nichts, die Wertschätzung zu erhöhen, ohne an die Vergütung heranzugehen. Allein dieser Slogan zeigt uns, dass die Probleme eigentlich woanders liegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER suchen pragmatische Lösungen, die sich auf die Praxis auswirken. Zum Teil handelt es sich um Schaufensteranträge. Wir fordern insbesondere – ich sage es noch einmal – die Schulgeldfreiheit, die endlich kommen muss. Außerdem fordern wir eine leistungsgerechte Vergütung. Ansonsten werden wir das Problem noch Jahre vor uns herschieben. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun der Kollege Leiner das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Ulrich Leiner (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie es aussieht, bin ich heute einer der letzten Sprecher aus den Reihen der Abgeordneten des Parlaments vor der Sommerpause.

(Der Abgeordnete Klaus Holetschek (CSU) zeigt an, dass er noch einen Redebeitrag wünscht)

– Ah, Herr Holetschek kommt noch. Ich habe es mir fast gedacht. Ich habe mir sowieso gedacht, dass nach meiner Rede noch jemand kommt. – Es gäbe die Möglichkeit, die vorliegenden Anträge der CSU-Fraktion wohlwollend zu beurteilen, so wie ich es

im Ausschuss getan habe. Aber von dieser Möglichkeit werde ich nicht sofort Gebrauch machen. Ich werde Ihnen gleich den Grund dafür verraten.

Warum stellt die CSU-Fraktion am Ende der Legislaturperiode 20 Anträge zur Pflege und 10 Anträge zu den Heilmittelerbringern?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

– Ich werde es Ihnen sagen: Der Grund dafür ist die Angst vor dem Verlust der absoluten Mehrheit in Bayern. Sie haben unserer Bevölkerung nie das Gefühl gegeben, dass die Themen des Gesundheits- und Pflegebereichs für Sie wichtig oder von Vorrang wären. Ich spreche hier sowohl die Bayerische Staatsregierung als auch die CSU-Fraktion an.

Die Gesamtzahl der Anträge ist zudem ein Bekenntnis der Versäumnisse der Staatsregierung und der CSU-Fraktion in dieser Legislaturperiode. Die Fraktion der GRÜNEN hat seit Januar 2014 immer wieder Anträge sowohl zur Pflege als auch zu den Heilmittelerbringern gestellt. Diese Anträge sind regelmäßig abgelehnt oder "weichgespült" übernommen worden. Sie bringen die Anträge zum Ende der Legislaturperiode ein, wenn es keine Zeit mehr für Maßnahmen gibt. Das nächste Parlament und die nächste Regierung müssen Maßnahmen nach Ihren Vorschlägen ergreifen. Sie haben mindestens vier Jahre versäumt, in denen Sie längst hätten tätig werden können. Während dieser Zeit hätten Sie Maßnahmen von uns oder von anderen Oppositionsparteien ergreifen können.

Jetzt komme ich zu den Heilmittelerbringern. Ihre Anträge zeigen außerdem, dass Sie unfähig waren, Hinweise und Signale, die Sie zu Beginn der Legislaturperiode von den Betroffenen erhalten haben, wirklich ernst zu nehmen und rechtzeitig zu handeln. Ich habe den Eindruck, dass Sie tatsächlich bis heute glauben, dass es bei den Hebammen keine Probleme gibt. Ich gehe davon aus, dass Sie die Probleme im Bereich der Physiotherapie, die von den Verbänden mitgeteilt werden, nicht wirklich ernst nehmen.

Bis heute haben Sie anscheinend nicht wirklich begriffen, wie ernst die Lage ist. Wenn Sie es endlich begriffen hätten, was mich freuen würde, dann ist es jetzt fast zu spät.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kurz vor der Sommerpause stellen Sie Anträge, die die Situation der Heilmittelerbringer verbessern sollen. Am Beispiel der Physiotherapeuten kann man die Situation sehr gut erklären. Das haben Sie auch gemacht. Für die Ausbildung zum Physiotherapeuten wird noch immer Schulgeld erhoben. Sie haben selber von der Wirkung Ihres Antrags, das Schulgeld in Bayern zu beseitigen, gesprochen. Die Folge ist, dass sich niemand mehr für die Ausbildung im nächsten Jahr anmeldet. Die Situation ist dramatisch. Sie haben das selbst gesagt.

Herr Seidenath, ich verstärke Ihre Forderung, das sofort und noch vor der Sommerpause zu tun und zu klären. Der Antrag, den Sie damals gestellt haben, war nicht konkret genug. Wir hätten einen Zeitpunkt gebraucht. Wir hätten eine Übergangsregelung gebraucht. Das ist alles nicht erfolgt. Von den neuen Anträgen sind einige natürlich vernünftig. Diese decken sich auch mit unserer Meinung. Das gilt beispielsweise für den Antrag, den Direktzugang zu den Heilmittelerbringern gezielt über ein Modellprojekt zu prüfen. Wir haben diesen Antrag etwas verbessert. Herr Dr. Vetter hat das etwas kritisiert. Das hat mit dem Stand und der Qualität der Ausbildung der einzelnen Heilmittelerbringer zu tun.

In den anderen Anträgen sind Appelle und Aufforderungen an die Leistungserbringer und Hochschulen enthalten. Diese sind teilweise vernünftig. Teilweise sind sie aber von geringer Bedeutung für die Betroffenen. Interessant ist der Antrag, leistungsgerechte Entgelte zu schaffen. Jedes Mal wird uns gesagt, dass das in die Selbstverwaltung fällt, in die die Politik nicht eingreifen kann. Grundsätzlich haben Sie recht. Die wirtschaftliche Situation ist wirklich katastrophal. Die Fortbildung muss von den Organisationen selber durchgeführt werden. Von einer Alterssicherung wollen wir gar nicht sprechen.

Physiotherapeuten, Logopäden, Ergotherapeuten und alle übrigen Heilmittelerbringer sind für die gesundheitliche Versorgung und ein gutes Leben in einer alternden Gesellschaft dringend notwendig. Meine Damen und Herren, darum ist es höchste Zeit, ihnen die nötige Wertschätzung entgegenzubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den vernünftigen Anträgen der CSU-Fraktion haben wir im Ausschuss bereits zugestimmt. Im Übrigen übernehmen wir das Votum des Gesundheitsausschusses.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nun hat der Kollege Holetschek um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Kollege Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Uli Leiner! Du weißt, dass ich dich sehr schätze. Deshalb werde ich dich auch vermissen, wenn du dem nächsten Parlament nicht angehörst, da du freiwillig aufhörst. Aber du hast natürlich in der Sache nicht recht.

Wir, die CSU-Fraktion, haben die Wertschätzung für Gesundheit und Pflege schon durch die Schaffung eines eigenen Ministeriums gezeigt. Wir haben immer wieder gezeigt, wie wichtig uns das Thema ist. Es ist ein zentrales Thema für die Menschen in unserem Lande. Mit den zahlreichen Dringlichkeitsanträgen etwa zur Entkoppelung von der Grundlohnsumme für Physiotherapeuten haben wir gezeigt, wie wichtig uns die Heil- und Hilfsmittelerbringer sind. Auch die Masseur sind uns wichtig. Diese sollte man nicht vergessen. Sie haben es in diesem System nicht leicht. Deshalb wollen wir noch einmal einen wichtigen Akzent in dieser Richtung setzen. Wir sind mit den Verbänden in engem Kontakt und im Gespräch. Das werdet ihr vermutlich auch immer wieder sein. Wir wollen so die Probleme der Branche widerspiegeln und die Themen aufgreifen, bei denen es hakt.

Das zentrale Thema ist die Schulgeldfreiheit. Um dieses zentrale Thema drehen sich viele Beratungen. Wir tun gut daran, nicht darauf zu warten, bis die Koalition handelt. Das hat auch der Kollege Seidenath bereits gesagt. Wir müssen im Freistaat einen eigenen Akzent setzen, wenn wir das Thema voranbringen und der Branche helfen wollen. Ich möchte noch einmal betonen, dass die Physiotherapeuten und andere damit verbundene Berufsgruppen ein wichtiger Bestandteil der Versorgungsstruktur des ländlichen Raumes sind. Dort haben wir auch das Thema Ärztepaket. Auch beim Thema Pflege haben wir Akzente gesetzt. Wir wollen, dass die soziale Verantwortung für die Menschen in diesem Land im Mittelpunkt steht. Das wollen wir mit dem Antragspaket noch einmal zum Ausdruck bringen. Lieber Kollege Leiner, für Anträge ist es nie zu spät.

Die Branche draußen hat verstanden, dass die CSU-Fraktion hinter ihr steht. Die Menschen honorieren das. Herr Kollege Vetter – ich weiß gar nicht, ob er noch da ist; er ist wahrscheinlich schon raus –, man kann über das Thema Wertschätzung philosophieren. Wertschätzung im materiellen Sinn ist die Frage nach dem Einkommen. Natürlich müssen die Leute von ihrem Einkommen leben und ihre Familien ernähren können. Viele Physiotherapeuten lassen sich anstellen, da dadurch die Vergütung höher ist als in einer freien Praxis. Deshalb appellieren wir hier noch einmal ganz deutlich. Aber Wertschätzung und ein Dank für den Dienst am Menschen können nie schaden. Das wollten wir noch einmal zum Ausdruck bringen. Ich hoffe auf substanzielle Verbesserungen. Wir, die CSU-Fraktion, stehen hinter den Heil- und Hilfsmittelerbringern in Bayern. Wir danken diesen Menschen sehr herzlich.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bleiben Sie bitte da. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Der Kollege Leiner hat sich noch für eine Zwischenintervention gemeldet. Bitte schön.

Ulrich Leiner (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter und sehr geschätzter Kollege Holetschek! Das Kompliment kann ich zurückgeben. Ich schließe mich ausdrücklich dem Dank an die Heilmittelerbringer an. Ich habe aber eine Frage an Sie: Warum haben Sie den Antrag zur Schulgeldbefreiung vom 14.10.2016 mit verschiedenen Begründungen abgelehnt? – Fast zwei Jahre später, im Frühjahr 2018, haben Sie ihn in Ihr Wahlprogramm geschrieben. Sie haben die Forderung dann auch über einen Antrag eingebracht. Es sind nicht ganz zwei Jahre. Jetzt frage ich mich schon, wie so etwas zustande kommt. Hatten Sie die Informationen nicht? Haben Sie den Informationen nicht geglaubt? Was war der Grund für Sie, Anträge wie diesen abzulehnen? Das würde mich wirklich einmal interessieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Holetschek (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Leiner, es gibt in diesem Bereich auch Entwicklungen, die in der Koalition auf Bundesebene eine Rolle spielen. Jetzt seien wir mal ehrlich: Natürlich ist es richtig, dass die Schulgeldfreiheit im Koalitionsvertrag verankert ist und dort gesetzt ist. Wir würden uns wünschen, dass diese sehr schnell umgesetzt wird. Aber ich bin inzwischen der Meinung, dass das Warten auf Berlin nicht immer die richtige Strategie ist. Da spreche ich beide Koalitionspartner an, und da sind auch beide in der Verantwortung. Deswegen haben wir gesagt: Es ist wichtig, dass wir jetzt noch einmal nachhaken und wie möglicherweise auch andere Bundesländer eigene Initiativen ergreifen.

Ich kann nur noch einmal sagen: Wir stehen beide in der Verantwortung. Und es ist auch wirklich so – das finde ich so schön –, dass wir das vor der Sommerpause noch einmal für die Menschen in unserem Land jeder an seiner Stelle bekräftigen. Wir wollen das Beste tun, und unsere Fraktion hat das heute noch einmal gezeigt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich Frau Staatsministerin Huml das Wort erteilen. Bitte schön.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Werte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir so wertschätzende Worte von den verschiedenen Fraktionen gehört haben, freue ich mich, dass ich sagen darf, dass auch ich mich über das Antragspaket freue, weil darin viele wichtige Dinge enthalten sind.

Die Wertschätzung den Heilmittelerbringern gegenüber, überhaupt dem gesamten Bereich Gesundheit und Pflege gegenüber ist enorm wichtig. Was dort für die Menschen, egal, ob Jung oder Alt, Tag und Nacht erbracht wird, was hier an Fürsorge erbracht wird, ist, glaube ich, mit Geld nicht aufzuwiegen. Deswegen ist es notwendig, dass wir darüber nicht nur immer wieder sprechen, sondern auch in Anträgen und mit Taten zeigen, dass wir sowohl die Pflege und die Heilmittelerbringer als auch den ärztlichen Bereich, die Hebammen und alle, die dazugehören, unterstützen wollen. Dafür stehen wir, und dafür stehen auch die Anträge. Danke dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bei den Heilmittelerbringern müssen wir inzwischen auch den Fachkräftebedarf sehen. Dazu gehört natürlich die Frage, wie attraktiv die Ausbildung ist und ob man für die Ausbildung in einem Beruf, für den man Interessenten sucht, auch zahlt oder nicht. Es ist richtig, dass wir in den Koalitionsvertrag aufgenommen haben, dass die Schulgeldfreiheit eine wichtige Rolle spielen soll. Es schadet aber nicht, wenn von München aus alle Fraktionen, die beteiligt sind, mit darauf achten, dass das auch entsprechend zügig umgesetzt wird. Da werde ich auch zusammen mit dem Gesundheits- und Pflegeministerium nicht ruhen, bis wir hier vorankommen. Aus vielen Gesprächen mit Heilmittelerbringern weiß ich auch, wie wichtig es ihnen ist, dass wir einerseits die Ausbildung neu konzipieren, andererseits auch auf die Schulgeldfreiheit achten.

Es ist aber schon einiges getan worden. Ich denke nur an die Verordnungssoftware, um Fehler zu reduzieren, oder wenn es darum geht, die Preisfindung zu flexibilisieren

oder die Vergütungssteigerung von der Grundlohnsumme zu entkoppeln, was ja gerade für die Physiotherapeuten ein wichtiger Punkt gewesen ist. Da haben wir in den letzten Jahren schon einiges erreicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wir fangen also nicht bei null an, und wir fangen auch nicht mit dem Antragspaket an. Wir haben schon auch die Jahre vorher gearbeitet. Aber wir wollen nicht stehen bleiben, wir wollen weiterarbeiten. In diesem Sinne danke ich für die Anträge. Ich danke den Menschen, die für andere Menschen da sind. – Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Zeit in der Sommerpause.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktionen sind übereingekommen, über die Voten des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege abzustimmen. Der federführende Ausschuss empfiehlt unveränderte Zustimmung zu allen Anträgen mit Ausnahme des Antrags auf Drucksache 17/22287. Beim vorgenannten Antrag soll noch das Wort "Qualifikation," eingefügt werden. Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Abgeordneten Kollege Muthmann (fraktionslos), Kollege Felbinger (fraktionslos) und Frau Abg. Claudia Stamm (fraktionslos) übernimmt der Landtag die Voten. Damit ist den Anträgen zugestimmt worden.

Ich darf noch das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung bekannt geben. Es handelt sich um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Mobilitätsfahrplan für Bayern", Drucksache 17/23228. Mit Ja haben 138 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein hat

niemand gestimmt, und es gab 13 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)